

Auswertung des Pilotversuchs Einwohner/innenfragestunde der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg

Auswertungszeitraum Juni 2017 – März 2018

23. April 2018

Verantwortlich: Dr. Griet Newiger-Addy, Leitung Koordinierungsstelle Bürger/innen-
beteiligung

In Zusammenarbeit mit Lothar Sprenger, Leitung Fachdienst Kommunale Gremien

Mitarbeit: Lisa Kasch und Carolin Albert



Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| 1. Zusammenfassung..... | 1 |
| 2. Informationen zur Einwohner/innenfragestunde..... | 2 |
| 3. Anzahl der Fragen und Antworten in der Einwohner/innenfragestunde | 3 |
| 4. Rückmeldungen der Einwohner/innen | 4 |
| 5. Rückmeldungen aus der Verwaltung | 8 |
| 6. Rückmeldungen der Stadtverordneten..... | 11 |
| 7. Auswertung der Rückmeldungen im Hinblick auf Verbesserungen und Alternativen..... | 14 |
| Anhang | 16 |
| Anhang 1 Rückmeldebogen für Einwohner/innen | 16 |
| Anhang 2 Fragenbogen der Verwaltung | 17 |
| Anhang 3 Fragebogen der Stadtverordneten..... | 19 |

1. Zusammenfassung

Hintergrund

Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg führte probeweise von Juni 2017 bis April 2018 eine Einwohner/innenfragestunde ein. Das Projekt steht im Zusammenhang mit der Erarbeitung eines Konzepts zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern. Dabei werden auch neue Verfahren ausprobiert und ausgewertet – dazu gehörte die Fragestunde (Einzelheiten zum Verfahren der Einwohner/innenfragestunde finden sich in Kapitel 2).

In der vorliegenden Auswertung werden die Erfahrungen der teilnehmenden Marburger/innen sowie der mit der Bearbeitung der Fragen und Anregungen befassten Mitarbeitenden in der Verwaltung und der Stadtverordneten ausgewertet. Ausgewertet wurde der Zeitraum von Juni 2017 bis einschließlich März 2018.

Feedback-Methoden

Die Basis der Auswertung bilden zum einen die Rückmeldungen der teilnehmenden Marburger/innen. Sie konnten einen Feedbackbogen ausfüllen, der ihnen nach Einreichung einer Frage oder Anregung übermittelt wurde. Außerdem erhielten der Fachdienst kommunale Gremien und die Koordinierungsstelle Bürger/innenbeteiligung per E-Mail und auf postalischem Weg Rückmeldungen. Die Einschätzungen der Mitarbeitenden der Verwaltung sowie der Stadtverordneten wurden über einen kurzen Fragebogen ermittelt, für den das Online-Befragungstools des Anbieters *survey-monkey* genutzt wurde. Die Rückmeldebogen und die Fragen der Online-Umfrage finden sich im Anhang.

Zahlen zur Befragung

Insgesamt fanden im Zeitraum Juni 2017 bis März 2018 **8 Fragestunden** statt, in denen insgesamt **82 Fragen** gestellt wurden. Insgesamt reichten **43 Personen** Fragen, Anmerkungen und Vorschläge ein. Die Auswertung der Zahlen zeigt deutlich, dass vor allem Fragen rund um die Themen Bebauung, Infrastruktur und Umweltangelegenheiten gestellt wurden. Einige wenige Fachbereiche/Fachdienste waren also durch die Beantwortung der Fragen besonders belastet. Außerdem zeigen die Zahlen, dass einige wenige Einwohner/innen einen großen Teil der Fragen stellten (Einzelheiten zur zahlenmäßigen Auswertung finden sich in Kapitel 3).

Rückmeldung der Einwohner/innen

Von den teilnehmenden Einwohner/innen füllten 14 den Feedbackbogen aus. Aus diesen und den weiteren Rückmeldungen ergibt sich, dass die Einwohner/innenfragestunde bei allen ein gutes Feedback bekommen hat, auch wenn es Veränderungsvorschläge gibt. (siehe Kapitel 4).

Rückmeldungen aus der Verwaltung

Insgesamt gaben 16 Mitarbeitende der Verwaltung eine Rückmeldung. Dabei wurde deutlich, dass ein Großteil der Fragen sich mit einem bis zu zweistündigen Zeitaufwand beantworten ließ. Für die Beantwortung einzelner Fragen musste allerdings ein sehr hoher Verwaltungsaufwand betrieben werden. Dies ist für die Mitarbeitenden gravierend, vor allem, wenn die betroffenen Fachdienste grundsätzlich kaum freie Kapazitäten haben. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass die überwiegende Mehrheit der Mitarbeitenden das Instrument der Einwohner/innenfragestunde

im Ergebnis negativ bewertet und sich keine Fortführung wünscht. Diese Bewertung ist jedoch nicht gleichzusetzen mit einer generellen Abwehrhaltung gegenüber diesem Instrument. Tatsächlich wird von einem Teil der Mitarbeitenden die Einwohner/innenfragestunde im Grundsatz durchaus befürwortet. Die Kritik bezieht sich aber vor allem darauf, wie das Instrument von einem Teil der Einwohner/innen genutzt wird (siehe Kapitel 5).

Rückmeldungen der Stadtverordneten

35 Stadtverordnete beteiligten sich an der Online-Befragung. Dies entspricht einer Beteiligungsrate von 59 %. Im Gegensatz zu den Mitarbeitenden der Verwaltung bewerten die Stadtverordneten die Einwohner/innenfragestunde weniger eindeutig. Ungefähr ein Drittel der Stadtverordneten, die antworteten, befürworteten das Instrument, erhalten dadurch neue Anregungen und Perspektiven und finden, dass die Einwohner/innenfragestunde fortgeführt werden sollte. Dagegen lehnen ca. zwei Drittel die Weiterführung des Instruments ab. Kritisiert wird in diesem Zusammenhang, dass die knapp bemessene Zeit der Stadtverordneten durch die Fragestunde zusätzlich verkürzt wird und das Instrument zu wenig Möglichkeiten für Dialog und Austausch lässt und die Stadtverordneten keine aktive Rolle spielen (siehe Kapitel 6).

Verbesserungsmöglichkeiten und Alternativen

Vor dem Hintergrund dieser unterschiedlichen Bewertungen ist die Frage nach Verbesserungsmöglichkeiten und Alternativen zum Verfahren besonders wichtig. Zu den Vorschlägen, die am häufigsten genannt wurden, zählen (ausführlicher in Kapitel 8):

- Mehr dialogische Formate
- Einbindung in ein zu installierendes Anliegen- und Beschwerdemanagement mit Online-Dialogmöglichkeit und schriftlicher Information der Stadtverordneten
- Umwandlung des Formats in eine Magistratssprechstunde
- Änderung des Formats, z. B. eine Sondersitzung der STVV nur für Fragen von Einwohner/innen mit entsprechender Werbung oder eine 15-minütige Fragestunde in den Ausschüssen
- Stärkung repräsentativer Strukturen (Ortsbeiräte, Stadtverordnete)

2. Informationen zur Einwohner/innenfragestunde

Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg führte probeweise von Juni 2017 bis April 2018 eine Einwohner/innenfragestunde ein. Alle Marburgerinnen und Marburger ab dem 14. Lebensjahr mit Erstwohnsitz in der Stadt konnten eine Frage, einen Vorschlag oder eine Anregung an den Magistrat einreichen.

Die probeweise Einführung der Einwohner/innenfragestunde stand im Zusammenhang mit der Erarbeitung eines Konzepts zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern. Dabei werden auch neue Verfahren ausprobiert und ausgewertet – dazu gehörte die Fragestunde.

Nach Ablauf der Probezeit sollen die Erfahrungen mit der Einwohner/innenfragestunde ausgewertet werden. Danach entscheidet die Stadtverordnetenversammlung

über die Fortsetzung des Verfahrens der Fragestunde sowie gegebenenfalls auch über Änderungen oder Anpassungen.

Für die Durchführung der Einwohner/innenfragestunde wurden Regeln erstellt. Die Fragen mussten, mündlich oder schriftlich, bis spätestens eine Woche vor der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung eingereicht werden und wurden in der ersten halben Stunde am Anfang jeder Stadtverordnetenversammlung unter Leitung der Stadtverordnetenvorsteherin, mündlich beantwortet. Es waren in der Fragestunde zwei kurze Zusatzfragen erlaubt. Falls der/die Fragestellende/r nicht anwesend war, wurden die Fragen schriftlich beantwortet.

Die Fragen und Antworten wurden außerdem im Internet unter folgendem Link veröffentlicht: <https://www.marburg.de/portal/seiten/einwohnerfragestunde-900001688-23001.html>

Die Regelungen zur Fragestunde umfassten außerdem Vorgaben zu Inhalt und Form der gestellten Fragen und eingereichten Vorschläge und Anmerkungen. Die Fragen sollten knapp und sachlich formuliert sein und einen Bezug zu Themen öffentlicher Stadtangelegenheiten haben.

Es durften keine Fragen gestellt werden zu Themen, die Gegenstand eines laufenden Gerichtsverfahrens sind oder einen beleidigenden Inhalt haben. Es konnte pro Sitzung jeweils nur eine Frage gestellt oder Anregung pro Einwohner/in gegeben werden.

3. Anzahl der Fragen und Antworten in der Einwohner/innenfragestunde

Insgesamt fanden im Zeitraum Juni 2017 bis März 2018 **8 Fragestunden** statt, in denen insgesamt **82 Fragen** gestellt wurden bzw. Anregungen gegeben wurden:

- Die Fragenanzahl variierte **zwischen 6 bis 17 Fragen pro Fragestunde**.
- Insgesamt reichten **43 Personen** Fragen, Anmerkungen und Vorschläge ein.
- Unter den Fragesteller/innen waren **26 Männer** und **16 Frauen**
- Die Personen mit den meisten Fragen waren alle männlich. Darunter waren:
 - **2 Personen mit jeweils 7 Fragen**
 - **1 Person mit 6 Fragen**
 - **2 Personen mit jeweils 5 Fragen**

Die Fragen wurden von Fachdiensten oder Leitungen der Fachbereiche sowie den Stadtwerken, dem DBM und dem persönlichen Referenten des Oberbürgermeisters beantwortet.

Am häufigsten antworteten:

- **FD 61** – Stadtplanung und Denkmalschutz mit **10 Antworten**
- **FB 6** – Planen, Bauen, Umwelt und **FD 69** – Umwelt und Naturschutz, Fairer Handel und Abfallwirtschaft mit jeweils **9 Antworten**
- **Stadtwerke Marburg** und **FD 33** – Stadtverkehr mit jeweils **8 Antworten**

Die Form der Fragen variierte insgesamt stark. So gab es kurze Fragen, die relativ schnell beantwortet werden konnten, und sehr detaillierte Fragen, die aufwändigere

Recherchen erforderlich machten. Einige Fragen und Anmerkungen hatten keinen sachlichen Charakter, sondern waren vorwiegend rhetorischer Natur. Es wurden 75 Fragen gestellt und sieben Anmerkungen oder Anregungen eingereicht.

Fazit

Bezüglich der antwortenden Fachbereiche und Fachdienste lässt sich daher feststellen, dass vor allem Fragen rund um die Themen Bebauung, Infrastruktur und Umweltaangelegenheiten gestellt wurden. Fachbereich 6 – Planen, Bauen, Umwelt und die dazugehörigen Fachdienste beantworteten daher etwas mehr als ein Drittel aller gestellten Fragen, während beispielsweise der Fachbereich 2 – Schule, Bildung und Sport und die dazugehörigen Fachdienste keine Fragen zu beantworten hatten. Dadurch wurden einige wenige Fachbereiche/Fachdienste mit Fragen besonders belastet. Des Weiteren fällt in Bezug auf die Fragenstellenden auf, dass einige wenige Personen einen großen Teil der Fragen stellten.

4. Rückmeldungen der Einwohner/innen

An der Einwohner/innenfragestunde nahmen insgesamt 43 Personen teil. **Davon gaben 14 über einen Feedbackbogen eine Rückmeldung.** Außerdem erhielten der Fachdienst kommunale Gremien und die Koordinierungsstelle Bürger/innenbeteiligung per E-Mail und auf postalischem Weg Rückmeldungen.

Der Rückmeldebogen wurde den Fragestellenden bei der Einreichung der Frage per E-Mail zugesandt. Zudem war er bei den Stadtverordnetenversammlungen in gedruckter Form zugänglich oder konnte von der städtischen Website unter dem Menüpunkt Punkt Einwohner/innenfragestunde heruntergeladen werden.

Der Rückmeldebogen umfasste insgesamt 6 Fragen, die unterschiedliche Aspekte der Einwohner/innenfragestunde berührten. Außerdem gab es Platz für Kommentare, Kritik und Verbesserungsvorschläge (siehe auch Rückmeldebogen im Anhang).

Die in diesem Kapitel enthaltenen Abbildungen veranschaulichen die Auswertung der Rückmeldungen.

Abbildung 1 zeigt, dass alle Einwohner/innen, die eine Rückmeldung abgaben, das **Verfahren positiv** bewerteten (13 Personen als „gut“, 1 Person als „eher gut“). Abbildung 2 macht deutlich, dass ungefähr zwei Drittel der Rückmeldenden fanden, dass ihre **Fragen ausreichend und verständlich beantwortet** wurden (5 Personen antworteten mit „ja“, 5 mit „eher ja“, 4 mit „eher nein“).

Abbildung 3 lässt erkennen, dass die **Antworten auf die Frage, ob die gestellten Fragen und/oder die eingereichten Anmerkungen und Vorschläge angemessen aufgenommen wurde, unterschiedlich ausfielen** (6 Personen antworteten mit „ja“, 4 mit „eher ja“, 3 mit „eher nein“ und eine Person mit „nein“). Bei dieser Frage war es zusätzlich möglich Kommentare und Anmerkungen zu machen. Einige Fragestellenden kritisierten, dass ihre Frage nicht genügend bzw. nur ausweichend beantwortet wurde oder sie sich einen umfangreicheren Rahmen für die Antwort sowie eine praktische Konsequenz gewünscht hätten. Andere wiederum hatten eine selbstkritischere Antwort der Verwaltung erwartet, während manche sehr zufrieden waren, aber eine ausführlichere Protokollierung der mündlichen Nachfrage gut gefunden hätten.

Auswahl der Kommentare:

„Eine Frage kann politisch unbequeme/unangenehme Sachverhalte ansprechen, die oft ausweichend/ablenkend/populistische gekontert werden.“

„Meine Frage wurde durch den Oberbürgermeister erschöpfend beantwortet; daher bin ich sehr zufrieden“

„Im Rahmen der Zusatzfragen ergab sich genügend Klarheit. Leider wurden weder Zusatzfragen noch die Antworten dazu in öffentlich verfügbarer Form protokolliert.“

Abbildung 4 zeigt, dass die meisten Fragestellenden, die eine Rückmeldung abgaben, die zeitliche Begrenzung der Fragestunde auf 30 Minuten angemessen fanden (11 Personen antworteten „gerade richtig“, 3 Personen antworten „zu kurz“). Abbildung 5 macht schließlich die Zufriedenheit der Antwortenden mit dem Instrument Einwohner/innenfragestunde deutlich (8 antworteten auf die Frage, ob sie zufrieden seien, mit „ja“, 6 mit „eher ja“).

Abbildung 1:

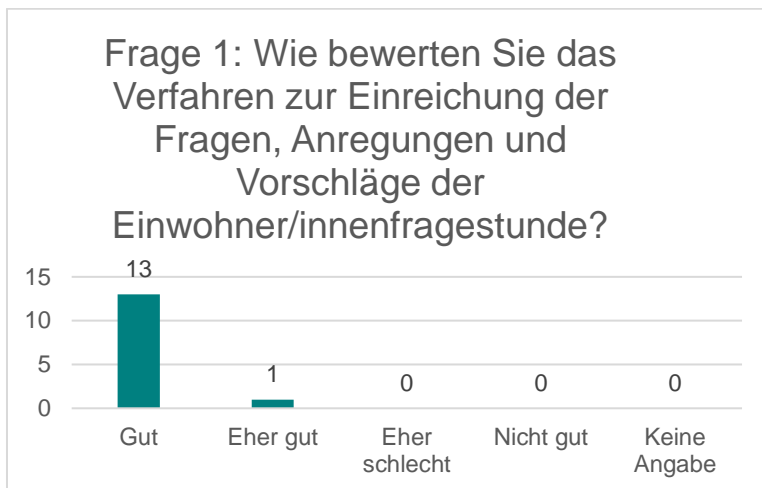


Abbildung 2:

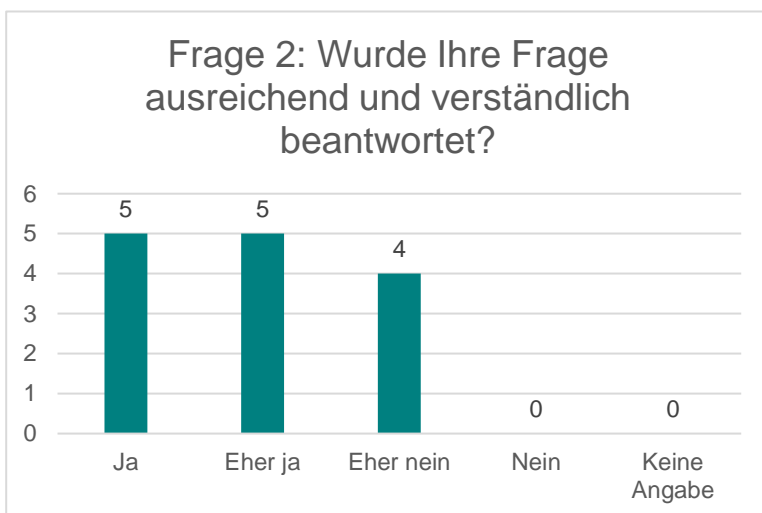


Abbildung 3:

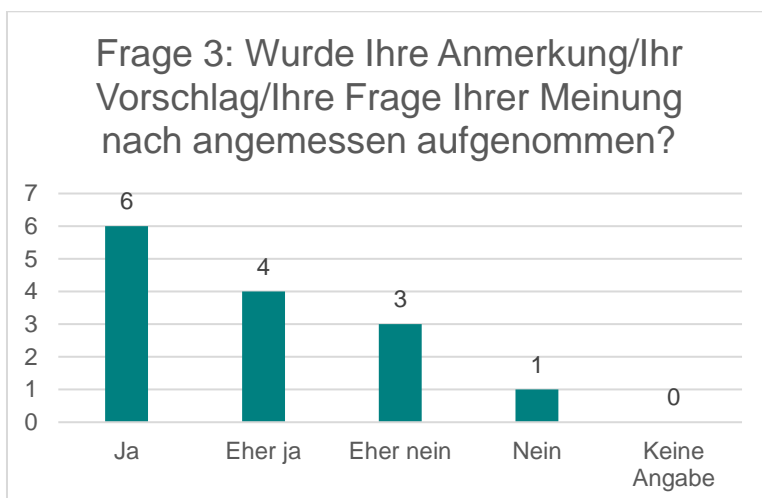


Abbildung 4

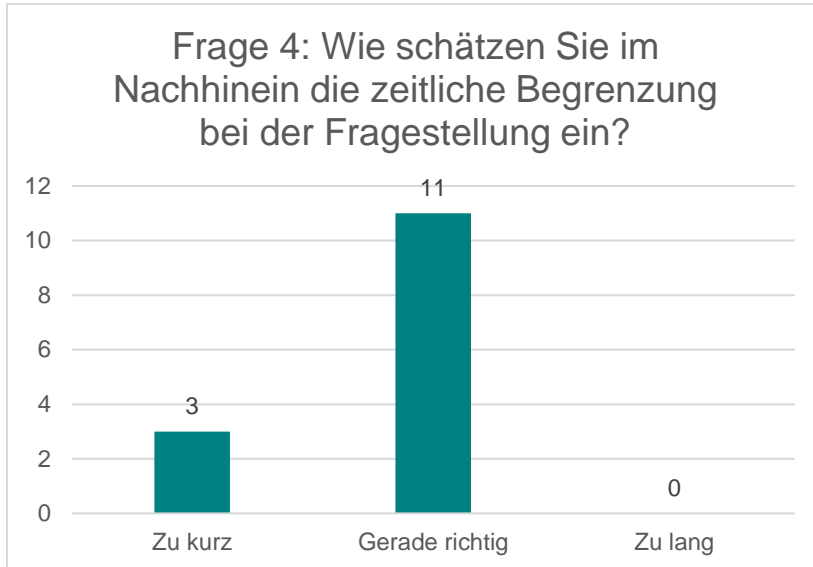
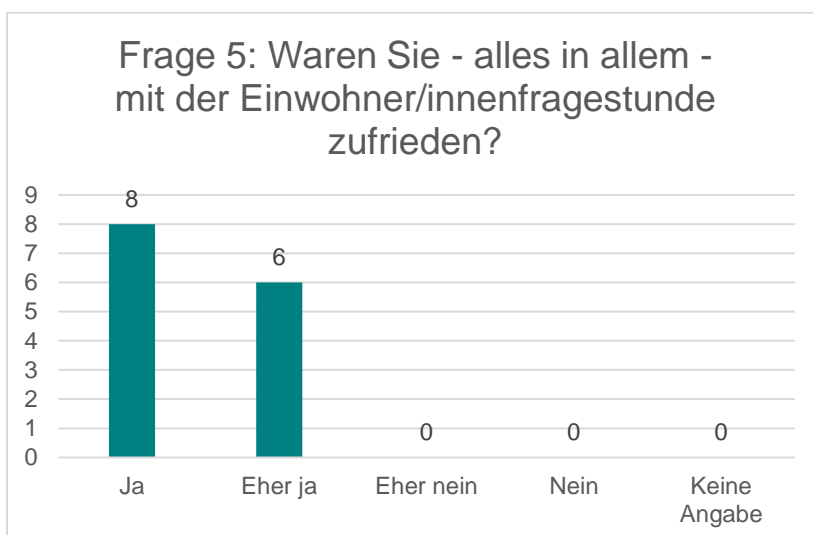


Abbildung 5



In der sechsten und letzten Frage wurden die Fragesteller/innen **gebeten Anregungen, Kritik und Verbesserungsvorschläge** zu machen. Einige merkten an, dass sowohl die Anwesenheit der Fragesteller/innen als auch das Vorlesen der jeweiligen Fragen wichtig wäre. Verschiedentlich wurde vorgeschlagen, mehr Werbung für die Einwohner/innenfragestunde zu machen. Alle sind sich darüber einig, dass es ein sehr gutes Konzept ist, das in dieser Form mit nur kleinen praktischen Änderungen weitergeführt werden sollte.

Neben den Fragen und Kommentaren, die über die Rückmeldebögen eingeholt worden sind, wurden auch Anregungen per über E-Mails und postalisch an die Verwaltung geleitet. So wurde es bspw. schade gefunden, dass die Fragestunde vor allem von einzelnen Interessenvertreter/innen genutzt wird und nicht vom Querschnitt der

Bevölkerung. Andere merken an, dass noch mehr an der Übersichtlichkeit der Ausführung gearbeitet werden sollte, damit ersichtlich ist, wie die Reihenfolge der Beantwortung zustande gekommen ist und was der Zweck mancher Fragen überhaupt sein sollte. Durch eine Einführung einer Begründung der gestellten Frage könnte dies bspw. gelöst werden. Außerdem wurde vorgeschlagen, die Fragestunde in ein Format zu überführen, das mehr Dialog ermöglicht. Schließlich wurde sich nachdrücklich beim Magistrat und den Stadtverordneten bedankt, die es ermöglicht haben die Einwohner/innenfragestunde durchzuführen.

Fazit

Abschließend lässt sich sagen, dass die Einwohner/innenfragestunde bei den meisten Fragestellenden, die eine Rückmeldung abgaben, ein sehr gutes Feedback bekommen hat. Sie wollen, dass diese mit nur wenigen Anpassungen fortgeführt wird.

5. Rückmeldungen aus der Verwaltung

Das Feedback der Verwaltung wurde durch eine Online-Befragung eingeholt, an der die Mitarbeitenden vom 21.3. bis zum 15.4.2018 teilnehmen konnten (Der gesamte Fragebogen findet sich in Anhang 2). Der Link zu dem Fragebogen wurde an alle Fachbereiche / Fachdienste geschickt, die für die Beantwortung einer Frage zuständig waren. Insgesamt beantworteten 15 Mitarbeitende und ein Mitglied des Magistrats die Befragung. Es nahmen folgende Fachbereiche / Fachdienste teil: FB 6, FD 61, FD 67, FD 69, FD 31, FD 33, FD 35, FD 37, FB 4, FB 1, FD 09, FD 10, FD 58, FD 41, R16 teil.

Abbildung 6 verdeutlicht, dass für die Beantwortung der Fragen unterschiedlich viel Zeit aufgewandt wurde. Der Großteil der Fragen ließ sich mit einem bis zu zweistündigen **Zeitaufwand** beantworten. Allerdings wurde darauf verwiesen, dass häufig mehrere Beschäftigte an der Beantwortung beteiligt waren, so dass eine Gesamtab-schätzung schwierig ist. Zudem muss die verwaltungsinterne Abstimmung mit der Fachbereichsleitung und dem Dezernenten dazu gerechnet werden.

Für die Beantwortung einzelner Fragen musste allerdings ein **sehr hoher Verwaltungsaufwand** betrieben werden (viermal zwischen 2-5 Stunden, zweimal zwischen 5-8 Stunden) In einem Fall benötigte die Beantwortung mehr als drei Tage. Dies ist für die Mitarbeitenden gravierend, vor allem, wenn die betroffenen Fachdienste grundsätzlich kaum freie Kapazitäten haben. Der Gesamtaufwand der Verwaltung für die Beantwortung aller Fragen lässt sich auf der Grundlage dieser Antworten allerdings nicht bestimmen, da nicht alle betroffenen Mitarbeitenden geantwortet haben.

Abbildung 8 unterstützt die Ergebnisse zum Zeitaufwand. Knapp ein Drittel der Mitarbeitenden musste für die Beantwortung der Fragen häufig **Informationen einholen, die nur extern verfügbar waren**, z. B. bei anderen Verwaltungsstellen, Ministerien, Landesämtern oder im Internet.

Der Ertrag dieses Aufwandes ist aus Sicht der Mitarbeitenden jedoch gering. Für keinen derjenigen Kollegen, die antworteten, zeigten die eingereichten Fragen **neue Sachverhalte auf oder lieferten Impulse** für die Arbeit. Dies zeigt Abbildung 9 (4 antworteten „eher nein“, 10 antworteten „nein“).

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass **die überwiegende Mehrheit der Mitarbeitenden das Instrument der Einwohner/innenfragestunde im Ergebnis negativ bewertet**, wie Abbildung 7 verdeutlicht (1 Antwort bewertet sie „gut“, 9 „eher schlecht“, 4 „schlecht“ und 2 machen keine Angabe).

Dementsprechend befürwortet **die überwiegende Zahl der Mitarbeitenden die Fortführung der Einwohner/innenfragestunde nicht**. (Abbildung 10: Drei Antworten „eher nein“, 10 antworten mit „nein“, 3 machen keine Angabe).

Diese Bewertung ist jedoch nicht gleichzusetzen mit einer generellen Abwehrhaltung gegenüber diesem Instrument. **Tatsächlich wird von einem Teil der Mitarbeitenden die Einwohner/innenfragestunde im Grundsatz durchaus befürwortet. Die Kritik bezieht sich aber vor allem darauf, wie das Instrument von einem Teil der Einwohner/innen genutzt wird.** Dies machen mehrere Kommentare zu den Fragen deutlich, von denen hier zwei exemplarisch zitiert werden:

„Fragen kommen immer von einem kleinen und namentlich bekannten Personenkreis, die dieses Instrument gebrauchen, um sich selbst medienwirksam zu präsentieren. In einem Fall wurde die Frage 3 Mal hintereinander gestellt - jeweils nur geringfügig abgeändert.“

„Grundsätzlich eher gut, aber die Erfahrung zeigt, dass im Jahr 2017 mindestens 52 % und im Jahr 2018 bisher mindestens 70 % aller Fragesteller ohnehin in irgendwelchen AGs, Gremien, sonstigen öffentlich wirksamen Gruppen aktiv sind und die Fragemöglichkeit eher zur Unterstützung ihrer dortigen Arbeit nutzen.“

Abbildung 6

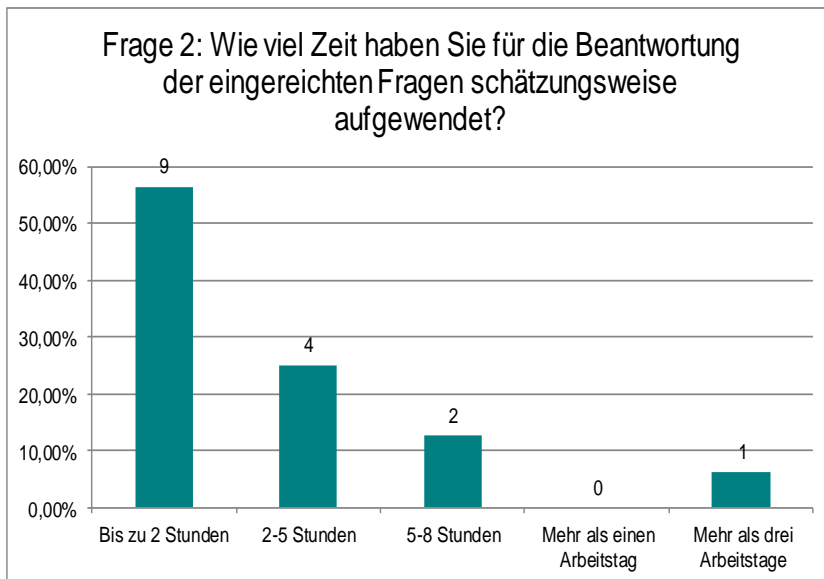


Abbildung 7

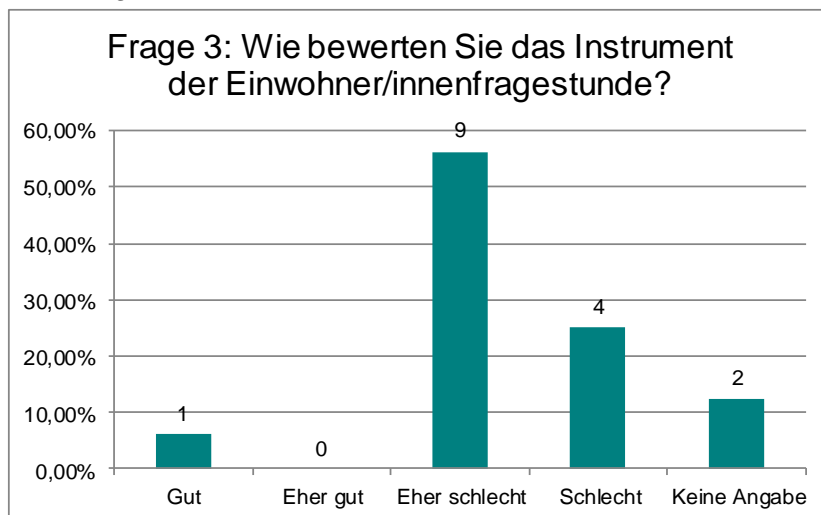


Abbildung 8:

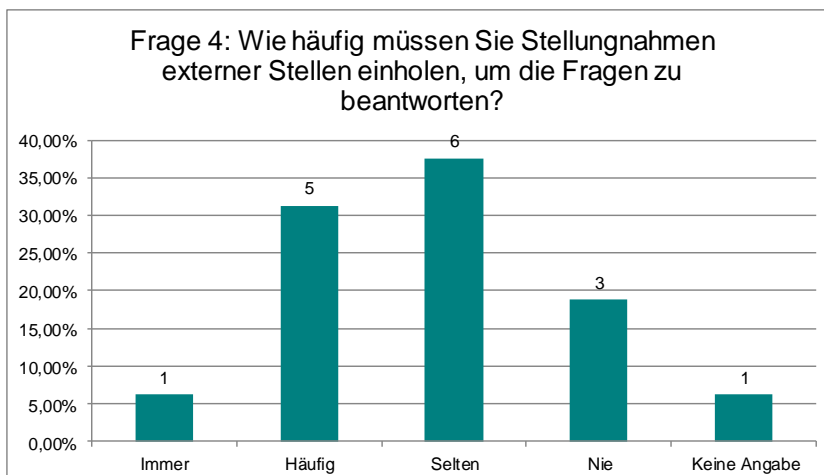


Abbildung 9

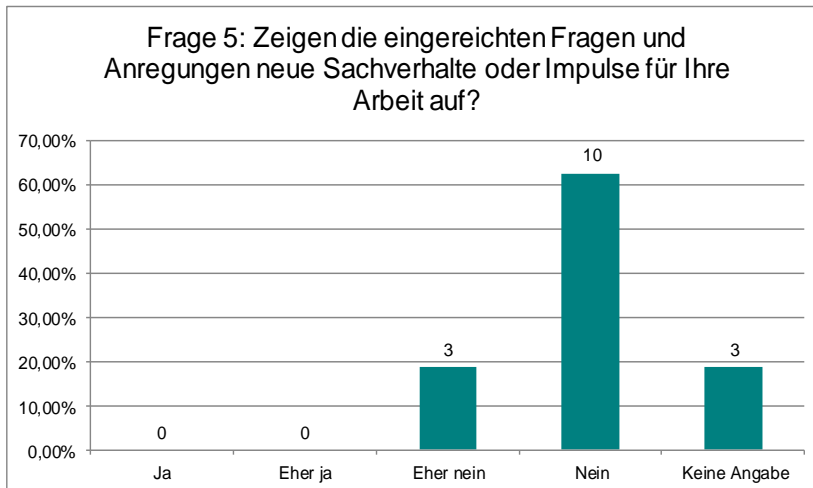
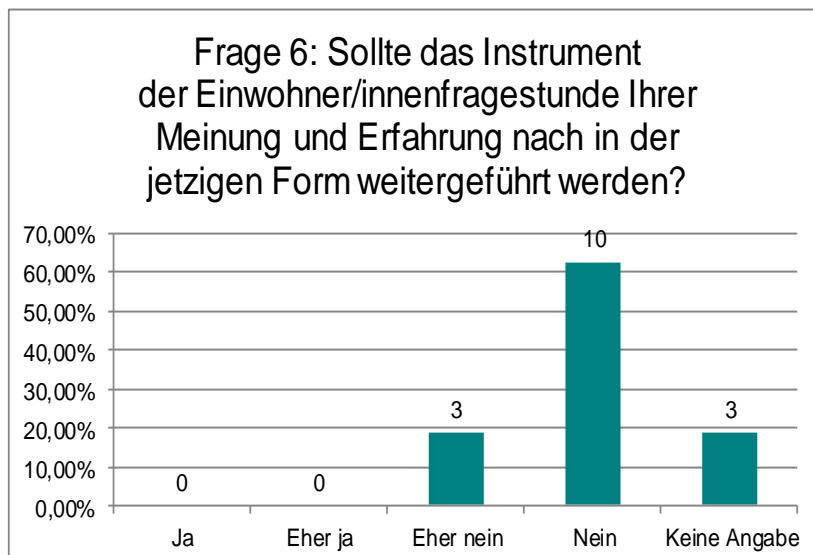


Abbildung 10



6. Rückmeldungen der Stadtverordneten

Die Rückmeldungen der Stadtverordneten wurden ebenfalls durch eine Online-Befragung eingeholt. Die Teilnahme an der Online-Befragung war vom 27.03.2018 bis zum 15.04.2018 möglich. **35 Stadtverordnete beantworteten die Fragen.** Dies entspricht einer Beteiligungsrate von 59 %. Dabei beteiligte sich das gesamte politische Spektrum von der SPD über die CDU, den Bürgern für Marburg bis zu Bündnis 90 / Die Grünen, der Marburger Linken, der FDP/MBL und den Piraten. (Der gesamte Fragebogen findet sich in Anhang 3).

Im Gegensatz zu den Mitarbeitenden der Verwaltung bewerten die Stadtverordneten die Einwohner/innenfragestunde weniger eindeutig. Abbildung 11 zeigt, dass ca. ein Drittel das Instrument gut bewertet und ca. zwei Drittel schlecht (7 antworten auf die Frage der Bewertung mit „gut“, 5 mit „eher gut“, 10 mit „eher schlecht“

und 13 mit „schlecht“). Diejenigen, die das Instrument als schlecht bewerten, kritisieren - ähnlich wie die Mitarbeitenden in der Verwaltung, dass sich nur ein kleiner Kreis der Einwohner/innen an der Fragestunde beteiligt. Zusätzlich wird allerdings beanstandet, dass die Stadtverordneten bei der Einwohner/innenfragestunde außen vor bleiben. Die folgenden Kommentare verdeutlichen das Spektrum der Antworten:

*„Leider sind es immer dieselben Bürger*innen, die sich an solchen Beteiligungsverfahren von sich aus beteiligen.“*

„Ein gutes Instrument der Bürgerbeteiligung!“

„Immer die gleichen Fragesteller. Diese missbrauchen diese Fragestunde.“

„Es kaum gelungen, dass Menschen außerhalb der bekannten Gruppen Fragen äußern. Es gibt keine Zeit, um eine Diskussion zu führen, Stadtverordnete sind nicht beteiligt.“

„Die Idee dahinter ist super (das sagt noch nichts zur Umsetzung)“

„Ergänzt und erweitert den Blick auf die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger.“

Ähnlich gespalten sind auch die Antworten auf die Frage, ob mit der Einwohner/innenfragestunde **neue Aspekte, Perspektiven oder Sachverhalte** aufgezeigt werden. Dies verdeutlicht Abbildung 12 (5 antworten mit „ja“, 7 antworten mit „eher ja“, 11 antworten mit „eher nein“, 12 antworten mit „nein“).

Gleiches gilt für die Frage, **ob das Instrument in der jetzigen Form weitergeführt werden solle**. Wie Abbildung 13 zeigt, antworten 9 der Befragten mit „ja“, 1 mit „eher ja“, 6 mit „eher nein“ und 19 mit „nein“. Kritisiert wird in diesem Zusammenhang auch, dass die knapp bemessene Zeit der Stadtverordneten durch die Fragestunde zusätzlich verkürzt wird und das Instrument zu wenig Möglichkeiten für Dialog und Austausch lässt.

Abbildung 11

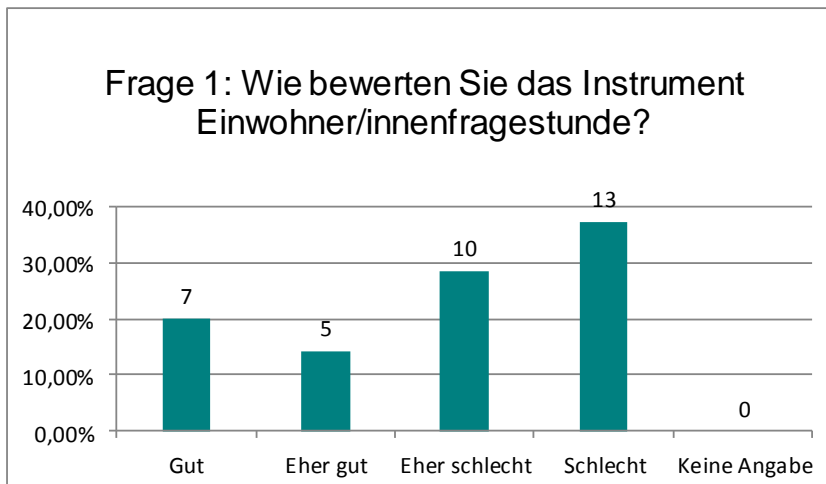


Abbildung 12

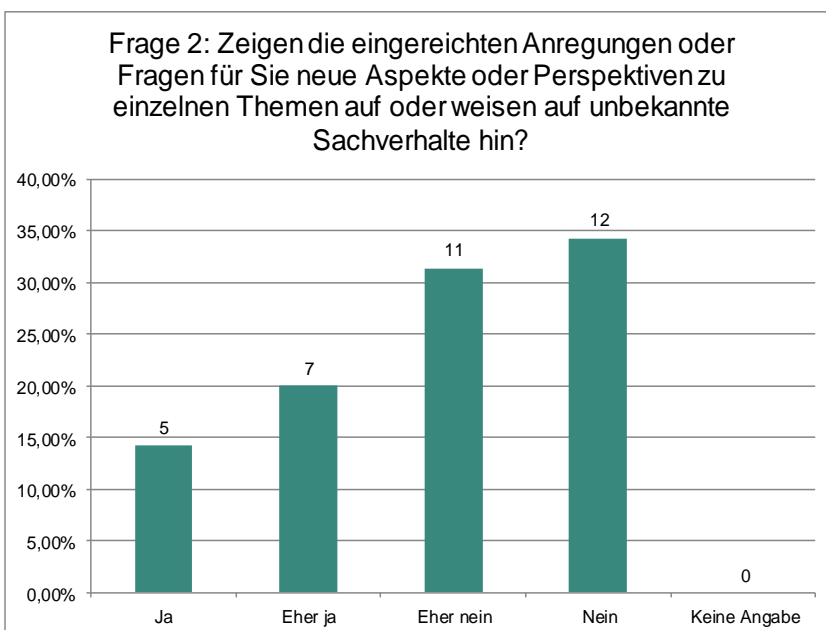
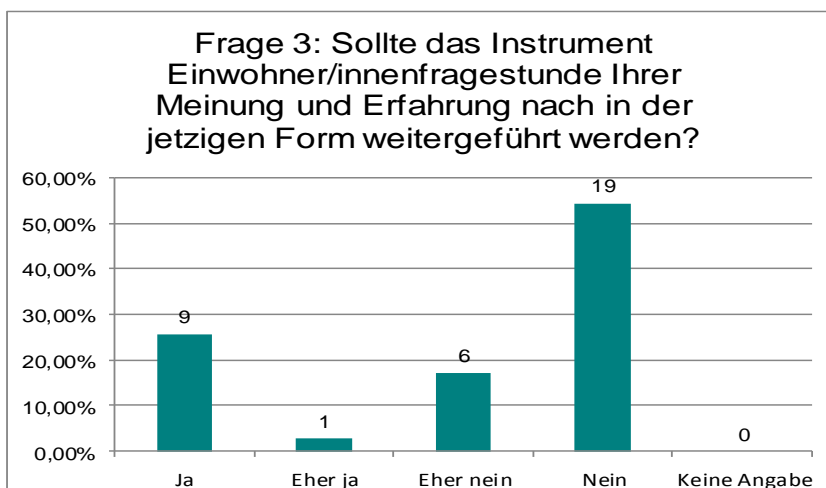


Abbildung 13



7. Auswertung der Rückmeldungen im Hinblick auf Verbesserungen und Alternativen

Vor dem Hintergrund dieser unterschiedlichen Bewertungen ist die Frage nach Verbesserungsmöglichkeiten und Alternativen zum Verfahren besonders wichtig. Die Antworten dazu werden im Folgenden gebündelt dargestellt.

Einwohner/innen

- Schaffung von Möglichkeiten, online Rückmeldungen zu geben
- Mehr Öffentlichkeitsarbeit für die Einwohner/innenfragestunde
- Mehr dialogische Formate
 - *„Angebot des persönlichen Kontakts mit den Verantwortlichen über die formale Beantwortung hinaus!“*

Verwaltung

- Dialogisches Format, z. B. eine öffentliche Veranstaltung mit regelmäßigen Infos aus der Stadtverwaltung und Diskussion
- Online-Format, z. B. Beteiligungsportal auf der Homepage der Stadt, mit der Möglichkeit, jederzeit Anregungen und Anliegen zu formulieren
- Einbindung in ein zu installierendes Anliegen- und Beschwerdemanagement.
 - *„Ich würde eine zentrale Anlaufstelle für Bürger/innen in der Verwaltung bevorzugen, in der Fragen vorsortiert werden. Diese Stelle sollte die Kompetenz haben, Fragen zurückzuweisen und die Verwaltung vor den immer gleichen Fragestellern zu schützen. Zeitintensiv sind nicht einzelne Fragen tatsächlich interessierter Bürger/innen. Zeitintensiv ist die Beantwortung von (...) Fragen [einzelner, Hinzufügung d. Redaktion], zumal keine Aussicht besteht diese Fragen jemals zur Zufriedenheit der Fragesteller zu beantworten.“*

Stadtverordnete

- Das direkte Gespräch in vorhandenen Strukturen
- Werbung und Information über die Rolle der Stadtverordneten und Ortsbeiräte als Ansprechpersonen, Einreichung von Fragen über Stadtverordnete, Einbindung von Parteien und Wählergruppen im Rahmen der repräsentativen Demokratie, ggf. auch Online-Kommentierung von Anträgen durch Einwohner/innen
- Schriftliche Beantwortung von Fragen mit schriftlicher Information für die Stadtverordneten, ggf. auch Online-Einreichung von Fragen und anschließende Veröffentlichung
- Integration in ein Anliegen- und Beschwerdemanagement bzw. "Kümmerer" in der Verwaltung als Ansprechpartner, an den Fragen / Anregungen gerichtet werden können (mit Antwort-Verpflichtung). Vierteljährlicher Bericht dazu an Stadtverordnetenversammlung

- Änderung des Formats, z. B. eine Sondersitzung der STVV nur für Fragen von Einwohner/innen mit entsprechender Werbung oder eine 15-minütige Frage-
runde in den Ausschüssen
- Fragestunde des Magistrats vor der Stadtverordnetenversammlung (bzw.
noch deutlicher organisatorisch, räumlich und zeitlich getrennt), an der die
Stadtverordneten freiwillig teilnehmen können; ggf. schriftliche Information der
Stadtverordneten
- Dialogorientierte Veranstaltungen zu konkreten Themen, die Diskussionen
zwischen Vertreter/innen von Magistrat, Fraktionen und engagierten Bürger/in-
nen ermöglichen
- Mehr Vielfalt bei der Umsetzung:
 - *„Ich würde es begrüßen, wenn eine soziale Durchmischung stattfinden würde;
bislang stellen immer die gleichen Menschen aus den gleichen Milieus Fra-
gen. Gerade hier müsste bspw. in sozial schwächeren Kreisen, aber auch un-
ter Studierenden, Schülern usw. dafür geworben werden. Bislang bringen sich
vor allem bzw. fast ausschließlich Menschen ein, die ohnehin politikaffin sind.“*

Anhang

Anhang 1 Rückmeldebogen für Einwohner/innen

Rückmeldebogen Einwohner/innenfragestunde



Sehr geehrte Damen und Herren,

die Stadtverordnetenversammlung führt bis April 2018 probeweise eine Einwohner/innenfragestunde ein. Die Erfahrungen werden ausgewertet und dann entscheidet die Stadtverordnetenversammlung über die Fortsetzung oder ggf. Anpassung des Verfahrens. Ihre Erfahrungen sind dabei ebenfalls wichtig. Wir möchten Sie daher bitten, den folgenden Fragebogen auszufüllen und abzugeben bzw. zurückzusenden (Kontakt siehe unten). Vielen Dank!

1. Wie bewerten Sie das Verfahren zur Einreichung der Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohner/innenfragestunde?

Gut Eher gut Eher schlecht Nicht gut Keine Angabe

2. Wurde Ihre Frage ausreichend und verständlich beantwortet?

Ja Eher ja Eher nein Nein Keine Angabe

3. Wurde Ihre Anmerkung / Ihr Vorschlag / Ihre Frage Ihrer Meinung nach angemessen aufgenommen?

Ja Eher ja Eher nein Nein Keine Angabe

Kommentar: _____

4. Wie schätzen Sie im Nachhinein die zeitliche Begrenzung bei der Fragestellung ein?

Zu kurz Gerade richtig Zu lang

5. Waren Sie – alles in allem – mit der Einwohner/innenfragestunde zufrieden?

Ja Eher ja Eher nein Nein Keine Angabe

6. Haben Sie Anregungen, Kritik und / oder Verbesserungsvorschläge?

Kommentar: _____

Kontakt:
Leitung Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung
Dr. Griet Newiger-Addy
Tel.: 06421 201-1317
E-Mail: beteiligung@marburg-stadt.de

Magistrat der Universitätsstadt Marburg
Gleichberechtigungsreferat
Rathaus, Markt 1, 35037 Marburg
Internet: <https://www.marburg.de/beteiligung>

Anhang 2 Fragenbogen der Verwaltung

Rückmeldebogen Einwohner/innenfragestunde für Mitarbeitende der Verwaltung

1. *Welchem Fachbereich/Fachdienst gehören Sie an?*

2. *Wie viel Zeit haben Sie für die Beantwortung der eingereichten Fragen schätzungsweise aufgewendet?*

- Bis zu 2 Stunden
- 2-5 Stunden
- 5-8 Stunden
- Mehr als einen Arbeitstag
- Mehr als drei Arbeitstage

Kommentar

3. *Wie bewerten Sie das Instrument der Einwohner/innenfragestunde?*

- Gut
- Eher gut
- Eher schlecht
- Schlecht
- Keine Angabe

Kommentar

4. *Wie häufig müssen Sie Stellungnahmen externer Stellen einholen, um die Fragen zu beantworten?*

- Immer
- Häufig
- Selten
- Nie

- Keine Angabe

Kommentar

5. Zeigen die eingereichten Fragen und Anregungen neue Sachverhalte oder Impulse für Ihre Arbeit auf?

- Ja
- Eher ja
- Eher nein
- Nein
- Keine Angabe

Kommentar

6. Sollte das Instrument der Einwohner/innenfragestunde Ihrer Meinung und Erfahrung nach in der jetzigen Form weitergeführt werden?

- Ja
- Eher ja
- Eher nein
- Nein
- Keine Angabe

Kommentar

7. Haben Sie Ideen für alternative Verfahren, um Anregungen und Fragen von Einwohner/innen aufzugreifen und zu bearbeiten?

- Ja
- Nein
- Keine Angabe

Kommentar

Anhang 3 Fragebogen der Stadtverordneten

Rückmeldebogen Einwohner/innenfragestunde für Stadtverordnete

1. *Wie bewerten Sie das Instrument Einwohner/innenfragestunde?*

- Gut
- Eher gut
- Eher schlecht
- Schlecht
- Keine Angabe

Kommentar

2. *Zeigen die eingereichten Anregungen oder Fragen für Sie neue Aspekte oder Perspektiven zu einzelnen Themen auf oder weisen auf unbekannte Sachverhalte hin?*

- Ja
- Eher ja
- Eher nein
- Nein
- Keine Angabe

Kommentar

3. *Sollte das Instrument Einwohner/innenfragestunde Ihrer Meinung und Erfahrung nach in der jetzigen Form weitergeführt werden?*

- Ja
- Eher ja
- Eher nein
- Nein
- Keine Angabe

Kommentar

4. Haben Sie Ideen für alternative Verfahren, um Anregungen und Fragen von Einwohner/innen aufzugreifen und zu bearbeiten?

- Ja
- Nein
- Keine Angabe

Kommentar

5. Freiwillige Angabe: Name und/oder Fraktionszugehörigkeit